

Das Ministerium für Wahrheit informiert: Schutzhaft heisst jetzt Warnschussarrest

Etwas ist passiert. Gewalt (nein, nicht die Bundeswehr am Hindukusch). Jugend (die Jugend wird immer pöhser). Undsoweiter.

Was fordert die CDU? Drei Mal raten bitte! [Gesetze verschärfen](#)! Da wäre jetzt niemand drauf gekommen, zumal der CDU seit 50 Jahren bei ausnahmslos allen Problemen *immer* nur einfällt zu fordern, die bestehenden Gesetze zu verschärfen.

Wie ich am [28.12.2005](#) schrieb:

„Im Anti-Terror-Kampf fordert [irgendein Wichtigtuer] härtere Maßnahmen. Oder auch: Im Kampf gegen Rechtsextremismus fordert [irgendein Wichtigtuer, meistens von der CDU/CSU] härtere Maßnahmen. Oder: Im Kampf gegen Drogenmissbrauch fordert [irgendein Wichtigtuer] härtere Maßnahmen. Aber nie lesen wir: Im Kampf gegen Dummheit, Aberglauben und fromme Märchen fordern besorgte Bürgerinnen und Bürger härtere Maßnahmen.“

Man muss nicht die Gesetze immer verschärfen, sondern sie auch umbenennen. Das Ministerium für Wahrheit hat alle Redaktionen angewiesen, ab sofort die Sprachregelung der CDU zu übernehmen und eine zusätzliche Strafe ohne Bewährung, die bisher im Gesetz nicht vorgesehen ist (man darf für ein Delikt nicht zwei Mal verurteilt werden), „Warnschussarrest“ zu nennen (und nicht etwa Schutzhaft). Regimetreue Medien wie die Welt haben die Maßgabe schon umgesetzt. (Kündigt der Begriff an, dass der Staat bald auf die Bürger scharf schießen lässt?)

Frage: Was wäre denn die größtmögliche Verschärfung aller Gesetze? Die rechtspopulistischen CDU-Dummschwätzer sollten das gleich fordern, um sich zukünftige Sprachblasen zu

ersparen. Schutzhaft und Fußfesseln für *alle* Jugendlichen, die in einer behördlicher Kartei potenzieller Verbrecher stehen. Einstweilige Erschießungen. Zwangskastration für Kinderschänder. Ich wette, die denken so, trauen sich aber nur noch nicht, das auszusprechen.